Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung

(12. - öffentliche - Sitzung am 1. Juni 2018)

Beratungsthemen:

 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Straßengesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung - <u>Drs. 18/533</u>

Der Ausschuss schloss die Gesetzesberatung ab. Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich des Ergebnisses der Mitberatung im Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen, den Gesetzentwurf mit den Änderungen in der Vorlage 3 des GBD anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP, AfD

Ablehnung:

Enthaltung: GRÜNE

Berichterstatter (schriftlicher Bericht): Abg. Axel Miesner (CDU)

2. a) Unterrichtung durch die Landesregierung über die angekündigte Sperrung der B 83 bei Steinmühle

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

b) Für die Dauer der Vollsperrung der B 83 soll die Nutzung der Poller Fähre für alle Betroffenen in der Region Holzminden kostenfrei sein! Antrag der Fraktion der FDP - <u>Drs. 18/930</u>

Der Ausschuss begann mit der Antragsberatung. Das Ausschussmitglied der Fraktion der FDP erwägt unter dem Eindruck der Erkenntnisse aus der Unterrichtung durch die Landesregierung, einen Änderungsvorschlag vorzulegen.

3. Terminabsprachen

Der Ausschuss besprach die Inhalte der geplanten Informationsreise nach Brüssel.

- 4. a) Für Sicherheit und Gerechtigkeit Laschen ist Hafenarbeit Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drs. 18/837
 - b) Laschen ist Hafenarbeit Ladungssicherheit stärken
 Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU <u>Drs. 18/849</u>

Der Ausschuss schloss die Beratungen unter Einbeziehung des Beratungsergebnisses seines Unterausschusses "Häfen und Schifffahrt" ab.

Er empfahl dem Landtag, den Antrag zu a) abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP Ablehnung: GRÜNE, AFD

Enthaltung: -

Er empfahl dem Landtag, den Antrag zu b) unverändert anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, AfD

Ablehnung: FDP Enthaltung: GRÜNE

Keine Beteiligung niedersächsischer Unternehmen an Waffenexporten in Krisenund Konfliktregionen: So leistet Niedersachsen einen wichtigen Beitrag zur Fluchtursachenbekämpfung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/344

Der Ausschuss beriet den Antrag, der in der 15. Plenarsitzung an ihn zurücküberwiesen wurde, erneut und hielt an seiner Beschlussempfehlung - Drs.18/729 - mit verändertem Abstimmungsverhalten fest:

Zustimmung: SPD, CDU
Ablehnung: GRÜNE
Enthaltung: FDP, AfD

6. Mehr Licht für mehr Sicherheit - LED-Modellversuche an Unfallschwerpunkten und Gefahrenstellen in Niedersachsen starten!

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/536

Der Ausschuss nahm eine mündliche Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen, die sich im weiteren Verlaufe als so umfangreich erwies, dass er die Landesregierung bat, ihm die Unterrichtung in schriftlicher Form zu übermitteln. Der Ausschuss vereinbarte, die Antragsberatung nach der Lektüre der schriftlichen Unterrichtung fortzusetzen.

- 7. a) Masterplan Digitalisierung: Niedersachsens digitale Zukunft gestalten Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU Drs. 18/36
 - b) **Die digitale Zukunft von Niedersachsen jetzt richtig gestalten!**Antrag der Fraktion der FDP <u>Drs. 18/346</u>

Der Ausschuss schloss die Antragsberatungen ab. Die Koalitionsfraktionen kündigten einen Änderungsantrag für das Juni-Plenum an.

Der Ausschuss empfahl dem Landtag, den Antrag zu a) unverändert anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: FDP, GRÜNE, AfD

Enthaltung: -

Der Ausschuss empfahl dem Landtag, den Antrag zu b) abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: FDP

Enthaltung: GRÜNE, AfD

8. Rechtsanspruch auf schnelles Internet endlich einführen!

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/642

Der Ausschuss schloss die Antragsberatung ab. Er empfahl dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: CDU, SPD, AfD

Ablehnung: GRÜNE Enthaltung: FDP

9. Die uneingeschränkte Gebührenfreistellung bei allen Aufstiegsfortbildungen des dualen Systems einführen!

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/30

Der Ausschuss setzte die Antragsberatung fort. Die Koalitionsfraktionen kündigten die Vorlage eines Änderungsvorschlags an. Auf Anregung der Fraktion der FDP verständigte sich der Ausschuss darauf, die Beratung unter Einbeziehung des Änderungsvorschlags nach der Sommerpause fortzusetzen.